

Datum: 10. Februar 2011
Autor: Konstantin Schwarz

Bürgerbegehren für Stadtwerke - ohne EnBW Absage an Atomkraft - Forderung nach dezentraler Versorgung

STUTTGART. Ein breit angelegtes Bündnis von Bürgerinitiativen hat am Mittwoch ein neues Bürgerbegehren für hundert Prozent eigenständige Stuttgarter Stadtwerke begonnen. Die Initiativen wollen damit verhindern, dass der Gemeinderat ein Stadtwerke-Mischunternehmen billigt, in dem die Energie Baden-Württemberg (EnBW) entscheidend mitbestimmt.

„Wir befürchten, dass genau dies geschieht“, sagt Klaus-Dieter Straub, einer der Initiatoren der Aktion. Für die rein kommunale Lösung müsse daher „politischer Druck“ gemacht werden. Der Gemeinderat muss über das Begehren entscheiden, wenn 20 000 Unterschriften (www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de) dafür vorliegen.

Das Bürgerbegehren ist bereits das zweite seit 2009, das in Richtung neue Stadtwerke zielt. Der Auslöser dafür liegt neun Jahre zurück: 2002 hatte die Stadt ihre Wasser-, Gas-, Strom- und Fernwärmenetze an die EnBW verkauft. Die Bürgerinitiative Stuttgarter Wasserforum sprach bald dagegen. 2009 initiierte sie ein Bürgerbegehren und hatte Erfolg. Der Gemeinderat entschied im Juni 2010, mit Ablauf der Konzession der EnBW (Betriebs- und Versorgungserlaubnis) Ende 2013 das Wassernetz zurückzukaufen und selbst zu betreiben sowie Wasser-Bezugsrechte von der Bodensee- und Landeswasserversorgung zu erwerben. Weil die Stadt 2002 schlechte Verträge abgeschlossen hatte, gibt es für die EnBW allerdings keinen Zwang, an die Stadt verkaufen zu müssen. „Die Stadt muss bei der Gründung neuer Stadtwerke notfalls ein Prozessrisiko eingehen“, sagt Barbara Kern.

Der Gemeinderat hatte eine Unternehmensberatung beauftragt, Strukturempfehlungen für ein neues Stadtwerk zu geben. Die Expertise liegt vor. Sie zielt aus Sicht der Initiativen auf eine Einbeziehung der EnBW. Die Entscheidung stehe bald an.

„Wir wollen eine dezentrale Versorgung ohne Atomstrom“, sagt Kern. Die EnBW stehe für das Gegenteil. Investitionen in kleine Energieanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung sollten hier stattfinden, „dann bleibt auch die Wertschöpfung hier“, so Kern. Investitionen in Großanlagen wie die von der EnBW betriebenen Hochsee-Windparks brächten keine „Energiewende“. Das neue Stadtwerk soll aus Geldanlagen aus dem Netzverkauf 2002 finanziert werden.